



Deutschland 2026 – eine Standortbestimmung

Beschlusspapier der Klausurtagung des Vorstands
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Berlin-Schöneberg, 27. und 28. April 2026

Entwurf, Stand: 26. April, 20.00 Uhr



1 Die Welt ist im Wandel. Eine Logik der Großmächte kehrt immer mehr zurück. Tiefgrei-
 2 fende geopolitische Umbrüche lassen alte Gewissheiten schwinden. Macht und Interes-
 3 sen treten zunehmend an die Stelle von Regeln und Kooperation. Unsere Abhängigkeiten
 4 werden als politisches Druckmittel gegen uns eingesetzt, wirtschaftliche Verflechtungen
 5 verlieren ihre stabilisierende Wirkung. Die Kriege in Europa und im Nahen Osten dauern
 6 an. Ihre Folgen reichen längst in unseren Alltag in Deutschland und Europa hinein – bis
 7 an die Zapfsäule, in Betriebe und Familien, in die Urlaubsplanung.

8 Das bisherige „Geschäftsmodell Deutschland“ funktioniert nicht mehr wie bisher. In der
 9 Sicherheitspolitik können wir uns nicht länger vorrangig auf die USA als Schutzmacht
 10 verlassen. Wir müssen als Nation und vor allem gemeinsam in Europa souveräner und
 11 stärker werden. Die transatlantische Partnerschaft bleibt wichtig, kann aber nicht mehr
 12 als tragende Säule unserer Sicherheit allein dienen. Die frühere Energiepartnerschaft mit
 13 Russland ist durch dessen Angriff auf die Ukraine und den seit mehr als vier Jahren an-
 14 dauernden Krieg endgültig beendet. Und China ist längst nicht mehr primär Absatzmarkt
 15 für deutsche Exportprodukte, sondern ein systemischer wirtschaftlicher Wettbewerber
 16 und politischer Rivale. Partnerschaftliche Beziehungen können nur noch dort bestehen,
 17 wo sie klar unseren Interessen dienen.

18 Die Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache: Wir haben in den zurückliegenden Jahr-
 19 zehnten in Deutschland und Europa sehr deutlich an Wettbewerbsfähigkeit verloren. Zwi-
 20 schen 1993 und 2022 ist das Pro-Kopf-BIP in den USA um fast 60 Prozent gestiegen,
 21 während der Anstieg in Europa bei weniger als 30 Prozent lag. Dadurch geraten wir unter
 22 Druck und stehen vor einer grundlegenden Richtungsentscheidung: Wir können unseren
 23 relativen Bedeutungsverlust verwalten – oder den Willen zur Selbststärkung entwickeln,
 24 der notwendig ist, um unsere Interessen behaupten zu können. Die Ausgangslage
 25 Deutschlands macht Mut: Noch sind wir die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Noch
 26 sind wir fiskalische Schutzmacht. Noch haben wir Marktmacht in Europa und dem größ-
 27 ten Binnenmarkt der Welt.

28 **Der Politikwechsel hat begonnen:**

29 „Aus Verantwortung für Deutschland“ sind wir in diese Koalition gegangen. Erste Verän-
 30 derungen haben wir schnell angestoßen, erste Reformen auf den Weg gebracht. Für uns
 31 als CDU/CSU-Bundestagfraktion ist dabei zentral: **Wachstum schaffen, Sicherheit stär-
 32 ken und Gerechtigkeit erneuern.** So bringen wir Deutschland voran. In weniger als ein-
 33 nem Jahr haben wir im Deutschen Bundestag bereits 141 Gesetze beschlossen.

34 **1. Wettbewerbsfähigkeit stärken. Wachstum schaffen.**

35 Wachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum ist alles nichts. Wachstum ist die Voraus-
 36 setzung für gute Löhne und Renten, für angemessen ausgestattete Schulen, für Straße
 37 und Schiene, innere und äußere Sicherheit und nicht zuletzt auch soziale Absicherung.
 38 Wir können uns die Schulden, die wir machen, nur leisten, wenn wir gleichzeitig die Vo-
 39 raussetzungen für langfristiges Wachstum schaffen. Die fiskalische Solidität ist ein zen-
 40 traler Standortvorteil Deutschlands. Damit reduzieren wir auch bei zukünftig gleichblei-
 41 bendem Schuldenstand unsere Schuldenquote. Schließlich ist Deutschland auch der fi-
 42 nanzpolitische Stabilitätsanker der Eurozone und fungiert als Maßstab in Europa. Wir wer-
 43 den daher die Attraktivität des Standortes Deutschland und unsere Produktivität steigern

44 – mit besseren Rahmenbedingungen und Strukturreformen. Erste wichtige Schritte sind
 45 wir dafür bereits gegangen. Dazu gehören unter anderem die **Senkung der Unterneh-**
 46 **menssteuern**, der **Investitionsbooster** sowie eine Vielzahl an Maßnahmen zur **Senkung**
 47 **der Energiepreise** (u.a. Senkung der Netzentgelte, Senkung der Stromsteuer für das pro-
 48 duzierende Gewerbe, Einführung Industriestrompreis, zweimonatige Senkung der Ener-
 49 giesteuer auf Diesel und Benzin um 17 Cent). Für die Landwirtschaft wird der Diesel wie-
 50 der günstiger. Sie erhält seit 2026 wieder die vollständige Rückerstattung für den Agrar-
 51 diesel. Wir entlasten Verbraucher und Wirtschaft auch mit der Erhöhung der Pendlerpau-
 52 schale, der dauerhaften Senkung der Umsatzsteuer für Speisen in der Gastronomie von
 53 19 auf sieben Prozent oder der Erhöhung der Ehrenamtspauschale.

54 Ebenso stehen das **Prinzip der Technologieoffenheit** – etwa mit der Möglichkeit der
 55 **Anwendung von CCS** (Kohlendioxid-Speicherungsgesetz) und **CCU** (Rahmen für Anwen-
 56 dung, Transport und Offshore-Speicherung), dem neuen Heizungsgesetz sowie mit dem
 57 Ende des Verbrenner-Verbots – sowie eine an **wirtschaftlichen Interessen ausgerich-**
 58 **tete Handelspolitik** (EU-Investitionsschutzabkommen mit Singapur und Vietnam sowie
 59 Wirtschaftspartnerschaftspartnerschaftsabkommen mit afrikanischen Staaten ratifiziert;
 60 um Abschluss des EU-Mercosur Abkommens geworben und auf das vorläufige Inkrafttre-
 61 ten ab 1. Mai 2026 hingewirkt) exemplarisch für eine grundsätzlich andere Wirtschafts-
 62 politik – einen echten Politikwechsel.

63 Auch in anderen Politikbereichen sind wir neue Wege gegangen: Mit der Schaffung des
 64 Bundesministeriums für Digitales und Staatsmodernisierung haben wir diese Themen zur
 65 absoluten Priorität erklärt. Mit der High-Tech-Agenda setzen wir auf die Schlüsselindust-
 66 rien der Zukunft, zum Beispiel bei der Fusionsenergie, dem Quantencomputing, Künstli-
 67 cher Intelligenz, Biotechnologie oder in der Raumfahrttechnologie.

68 2. Investitionen in die Sicherheit und Infrastruktur unseres Landes

69 Die Bürger erwarten zu Recht, dass ihr Alltag funktioniert. Darum investieren wir mit dem
 70 Sondervermögen **Infrastruktur und Klimaneutralität** massiv in die Infrastruktur des
 71 Landes: in Brücken, Straßen, Schienen. Mit einem Anteil von 100 Mrd. Euro stärken wir
 72 außerdem Länder und Kommunen. Insgesamt stellen wir für 2025 und 2026 Rekordin-
 73 vestitionsmittel von 115,7 Mrd. Euro bzw. 126,7 Mrd. Euro zur Verfügung.

74 **Wir stärken unsere äußere Sicherheit.** Dafür stellen wir so viele finanzielle Mittel zur
 75 Verfügung wie lange nicht mehr. Diese Ausgaben sind kein Selbstzweck. Sie dienen der
 76 Sicherheit unseres Landes und der **Verteidigung unserer Freiheit**. Deutschland muss
 77 sich verteidigen können, damit es sich nicht verteidigen muss. Verteidigungsausgaben
 78 sind ab ein Prozent des BIP nicht mehr von der Schuldenbremse erfasst. Wir haben den
 79 modernen Wehrdienst eingeführt. Der Nationale Sicherheitsrat wurde geschaffen. Das
 80 Planungs- und Beschaffungsbeschleunigungsgesetz der Bundeswehr wurde beschlossen,
 81 damit die Bundeswehr schneller ertüchtigt werden kann.

82 **Wir stärken unsere innere Sicherheit.** Die Sicherheit unseres Landes hängt auch von
 83 der Frage ab, ob wir wissen, wer zu uns kommt. Wir setzen auf eine konsequente **Be-**
 84 **kämpfung illegaler Migration**. Mit Erfolg: Die Asylbewerberzahlen gehen deutlich zu-
 85 rück. Die Asyl-Erstanträge in Deutschland sind im Jahr 2025 im Vergleich zu 2024 um
 86 51 Prozent rückläufig, um 66 Prozent im Vergleich zum Jahr 2023. **Zu diesem Erfolg**

87 **tragen verschiedene Maßnahmen bei:** Grenzkontrollen mit Zurückweisungen, die Aus-
 88 setzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzbedürftige und freiwilliger Aufnahme-
 89 programme bis 2027, die Beendigung der „Turbo-Einbürgerung“, die Beschleunigung der
 90 Verfahren zur Bestimmung sicherer Herkunftsstaaten und die Reform des Gemeinsamen
 91 Europäischen Asylsystems.

92 Das alles macht klar: im Bereich der äußeren und inneren Sicherheit gibt es eine grund-
 93 sätzlich andere Politik – einen Politikwechsel.

94 **3. Arbeitsanreize schaffen – Gerechtigkeit erneuern**

95 Die sozialen Sicherungssysteme sind eine wichtige Errungenschaft unseres Landes und
 96 sichern den sozialen Frieden. Aber sie sind zu komplex, unübersichtlich und teilweise
 97 ineffizient und zu teuer. Wir sorgen für mehr Gerechtigkeit und werden insbesondere
 98 durch die dauerhafte Vermittlung von arbeitslosen Menschen in gute Beschäftigung Ein-
 99 sparungen erzielen. Wir haben das Bürgergeld abgeschafft und eine neue Grundsiche-
 100 rung eingeführt. Diejenigen, die arbeiten können, wollen wir dauerhaft in Beschäftigung
 101 bringen. Künftig hat die Vermittlung eines Arbeitsplatzes wieder Priorität. Wer Termine
 102 bei der Jobvermittlung nicht einhält oder zumutbare Arbeit nicht annimmt, erhält keine
 103 Leistungen. Härtefälle werden berücksichtigt. Es gilt der Grundsatz „Fördern und For-
 104 dern“. Auf Grundlage der vorliegenden Ergebnisse der Sozialstaatskommission gehen wir
 105 in diesem Jahr auch den zweiten Schritt zur sog. **Grundsicherung (II)**, um bspw. die Hin-
 106 zuverdienstgrenzen anders auszugestalten.

107 Mit dem **Rentenpaket I** sind wir gemeinsam mit der SPD einen entschiedenen ersten
 108 Schritt gegangen, um die Altersvorsorge zu modernisieren und insgesamt auf breitere
 109 Beine zu stellen. Zu dem Paket gehören die Aktivrente: eine neuartige „Rentenform“, mit
 110 der für diejenigen, die über die Regelaltersgrenze hinaus weiterarbeiten, ein bis zu
 111 2.000 Euro/Monat steuerfreier, sozialversicherungspflichtiger Hinzuverdienst möglich
 112 geworden ist. Dazu haben wir auch das sog. Anschluss- oder Vorbeschäftigungsverbot
 113 abgeschafft; die steuerlich geförderte private Altersvorsorge („Riester-Rente“) mit Fokus
 114 auf die Chancen des Kapitalmarkts (Einführung eines Altersvorsorgedepots) und unter
 115 erstmaligem Einbezug aller Selbstständigen reformiert; die Haltelinie von 48 Prozent: Wir
 116 haben das Rentenniveau bis 2031 auf 48 Prozent gesichert; die Mütterrente III: Mit ihr
 117 sorgen wir für mehr Gerechtigkeit, indem wir ab dem 1. Januar 2027 die Gleichstellung
 118 bei der Anerkennung von Kindererziehungszeiten für Mütter (und Väter) von vor 1992
 119 geborenen Kindern geregelt haben; die Betriebsrente: Wir haben sie gestärkt mit dem
 120 Ziel, ihre Verbreitung, besonders in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sowie bei
 121 Geringverdienern, zu erhöhen und die Vorsorge bürokratieärmer zu gestalten; die Früh-
 122 startrente: Mit dieser neuen „Rentenform“ führen wir Kinder und Jugendliche an den Ka-
 123 pitalmarkt heran und bereiten das Startkapital für ihre private Altersvorsorge vor.

124 Für ein sog. **Rentenpaket II** erarbeitet die **Rentenkommission bis zum Juni 2026** Vor-
 125 schläge zur langfristigen Stabilisierung des Rentenniveaus und der Beitragsätze.

126 Dies macht klar: im Bereich der Sozialsysteme und für mehr Leistungsgerechtigkeit sind
 127 wir neue Wege gegangen. Die Einführung der neuen Grundsicherung, der Aktivrente und
 128 der Vorarbeiten zur Frühstartrente stellen eine grundsätzlich andere Politik dar – einen
 129 Politikwechsel.

130 **Den Politikwechsel weiter vorantreiben**

131 Deutschland ist seit Jahren wirtschaftlich nicht mehr gewachsen, Deutschland und die
 132 Deutschen sind ärmer geworden. Weiteren Stillstand können wir uns nicht erlauben. Der
 133 Politikwechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik braucht mutige Strukturreformen. Für
 134 uns als Unionsfraktion ist klar: Wachstum ist die Achse, um die sich alles andere dreht.
 135 Wachstum ist die Voraussetzung einer soliden Haushaltspolitik, einer starken Sozialpolitik
 136 und selbstbewussten Außen- und Europapolitik. Hier braucht es mehr Tempo und kon-
 137 krete Reformanstrengungen noch in den nächsten Monaten.

138 Bei diesen Reformvorhaben führen uns **folgende Leitprinzipien:**

- 139 • Die Wirtschaftspolitik muss sich klar auf nachhaltiges Wirtschaftswachstum fo-
 140 kussieren. Die Wettbewerbsfähigkeit und volle Innovationskraft der deutschen
 141 Wirtschaft müssen wieder hergestellt werden. Alles, was diesen Zielen schadet,
 142 sollte unterbleiben. Insbesondere die zu starke Steuer- und Abgabenlast, die im
 143 internationalen Vergleich zu hohen Energiepreise und eine nach wie vor aus-
 144 ufernde, oft europäisch veranlasste Bürokratie müssen angegangen werden. Da-
 145 bei wollen wir auf den Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft eine angebotsori-
 146 entierte Politik vorantreiben.
- 147 • Die Sozialsysteme wie unser Renten- und Gesundheitssystem sind so zu refor-
 148 mieren, dass die Sozialabgaben kurzfristig stabilisiert werden und mittelfristig
 149 wieder auf unter 40 Prozent sinken. Grundsätzlich dürfen die Ausgaben auch in
 150 den Sozialversicherungen nicht stärker steigen als die Einnahmen. Diesem Prinzip
 151 verschafft die aktuell diskutierte Gesundheitsreform endlich wieder Geltung.
- 152 • Wachstum muss ohne immer mehr Schulden gelingen. Weder darf die Belastung
 153 der jüngeren Generationen weiter zunehmen, noch dürfen wir die finanzielle Sta-
 154 bilität unseres Landes weiter gefährden.
- 155 • Es braucht tragfähige Staatsfinanzen. Der Bundeshaushalt steht weiterhin unter
 156 einem hohen Konsolidierungsdruck. Um diesen Konsolidierungsbedarf zu leisten,
 157 braucht es eine umfassende Aufgaben- und Ausgabenkritik der öffentlichen
 158 Hand. Auch beim Bundeshaushalt gilt: Die Ausgaben müssen an die Einnahmen
 159 angepasst werden – nicht umgekehrt.
- 160 • Leistung und Arbeit müssen sich lohnen. Das bedeutet: Anreize für Arbeit und
 161 Mehrarbeit konsequent stärken, Anreize für Abwanderung und Einwanderung in
 162 die Sozialsysteme spürbar reduzieren.

163 Zur konkreten Umsetzung werden wir in den kommenden Wochen zunächst folgende
 164 Schritte gehen:

- 165 • Die Verabschiedung der vorgelegten Reformvorschläge für die GKV-Finanzen im
 166 Bundeskabinett und abschließende Beratungen im Deutschen Bundestag bis An-
 167 fang Juli.

- 168
169
170
171
172
- Aufstellung des Bundeshaushalts für 2027 verbunden mit einer Einkommensteuerreform, die niedrige und mittlere Einkommen entlastet und zum 01. Januar 2027 in Kraft tritt. Eine Gegenfinanzierung muss vor allem durch weitere Einsparungen im Bundeshaushalt, etwa durch pauschale Kürzungen von Finanzhilfen, erbracht werden.
- 173
174
175
176
- Im Juni folgen die Reformvorschläge der Rentenkommission, auf deren Grundlage die Reformgesetze zur Rente erarbeitet werden. Eine politische Einigung in der Koalition über die umzusetzenden Maßnahmen sollte bis zum Beginn der parlamentarischen Sommerpause erfolgen.

ENTWURF